Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,300.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 146. **Freitag** den 26. Mai 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Im Monat März und April 1882 erlangten das hiesige Bürgerrecht:

André, Carl August, Musterzeichner, Blumengasse 3b.
Becker, Ludwig Alwin, Einnehmer bei der Stadtsteuer-Einnahme, Bauhofstraße 6.
Becker, Valentin, Schuhmacher, Windmühlenstraße 19.
Bieberstein, Carl Hugo Hermann, Inspections-Assistent an der Staatsbahn I., Südstraße 66.
Dederich, Carl Christian Paul, Buchbinder, Täubchenweg 11.
Dietrich, Friedrich August, Commis, Zeitzer Straße 44.
Eckerlein, Joseph, Markthelfer, Webergasse 1.
Focke, Paul Richard, Mechanikus, Thomaskirchhof 3.
Freyer, Alfred Waldemar, Kaufmann (Theilhaber der Firma Gebr. Freyer), Baierische Straße 13.
Fritzsche, Christian Friedrich August, Kaufmann, Nicolaistraße 48.
Fuchs, Ferdinand Adolf, Kaufmann, Ranstädter Steinweg 29.
Gebhe, Eduard Moritz, Hauptzollamts-Assistent, Mittelstraße 20.
Göhring, Friedrich Carl, Sattler u. Wagenbauer, Carolinenstr. 20b.
Heiber, Hermann Otto, Kaufmann, Nicolaistraße 47.
Helmundt, Michael Christoph, Restaurateur, Sternwartenstraße 30.
Jacob, Ludwig Franz, Richter, Gerberstraße 34.
Kinkgt, Wilhelm Oscar, Kaufmann, Schützenstraße 3.
Kreusel, Ernst Heinrich, Hotelier und Hausbesitzer, Klostergasse 1.
Machts, Hermann Arnold, Privatmann u. Hausbesitzer, Elsterstr. 26.
Möbius, Friedrich Moritz, Restaurateur und Productenhändler, Dufourstraße 12/14.
Pohelt, Anton Bernard, Werkführer, Alexanderstraße 24.
Roß, Nicolaus Emilius, Stadtorchester-Mitglied, Nürnb. Str. 30.
Samlowy, Julius Leon, Kaufmann, Eberhardstraße 7.
Scheffler, Johann August Eduard, Schuhwaarenhändler, Gustav-Adolf-Straße 16.
Seidel, Franz Hermann, Einnehmer bei der Stadtsteuer-Einnahme hier, Dufourstraße 7.
Serbe, Friedrich August Carl, Fischer, Brandvorwerkstraße 22.
Steinbrück, Christian Wilhelm, Eisendreher, Brandvorwerkstr. 10.
Ußer, William Oswald, Professor an der königl. Kunstakademie, Windmühlenstraße 35.
Wüstefeld, Ernst Ferdinand, Theater-Magazinverwalter und Ober-Garderobier, Goethestraße 6.
Zimmermann, Friedrich Gustav, Böttcher, Roßplatz 23.

Bekanntmachung.

Zur zweiten diesjährigen Benefizvorstellung **zum Besten** des **Theater-Pensions-Fonds,** welche

Mittwoch, den 31. Mai d. J.

stattfinden wird, ist die Oper „Tannhäuser" von Richard Wagner gewählt worden, wobei Frau Naumann-Gungl vom Stadttheater in Bremen die Rolle der „Elisabeth" übernommen hat. Wir glauben hoffen zu dürfen, daß das geehrte Publicum seine Theilnahme für unser Pensionsinstitut auch dieses Mal durch recht zahlreichen Besuch der Vorstellung bethätigen wird.

Leipzig, den 24. Mai 1882.

Der Verwaltungs-Ausschuß für den Theaterpensions-Fonds.

Bekanntmachung.

Die Umlegung der Granitplatten der Fußwege der Blücherstraße, sowie die Neulieferung eines Theiles derselben und von Granitschwellen daselbst soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Trottoirarbeiten in der Blücherstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 24. Mai 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung des bossirten Pflasters der Fahrbahn der **Blücher-Straße,** sowie des Mosaikpflasters der Fußwege daselbst soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Pflasterung der Blücher-Straße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum **3. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 24. Mai 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Regulirung und Umlegung der Trottoirs im Brühl, bez. die Neulieferung eines Theiles Granitplatten und Schwellen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Trottoirs im Brühl"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 24. Mai 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Glockenweihe.

Die aus treuem Glauben und inniger Liebe gewordene Spende einer **Glocke** soll am ersten Pfingstfeiertage früh 9 Uhr im hiesigen Schulhofe durch Herrn Pastor Lohse die Weihe erhalten, wozu um recht zahlreiche Betheiligung der hiesigen Gemeindemitglieder gebeten wird.

Hierauf um 10 Uhr Gottesdienst im hiesigen Betsaale. Prediger: Herr Pastor Lohse.

Plagwitz, am 25. Mai 1882. **Der Kirchenvorstand.**

Bekanntmachung.

Die der hiesigen Commune gehörigen **Kirschplantagen** an den Straßen nach Golzen und Kirchscheidungen und auf dem Tanzplane sollen

Sonnabend, den 3. Juni c. Vormittags 11 Uhr

in unserem Geschäftszimmer auf dem Rathhause öffentlich und meistbietend verpachtet werden.

Laucha, den 23. Mai 1882. **Der Magistrat.**

Bau-Areal

in ziemlichem Umfange und, weil unmittelbar am hiesigen Bahnhofe gelegen, zu Fabrikanlagen, Gärtnereien &c. besonders geeignet, verkauft die □Elle von 50 ₰ an

der Stadtgemeinderath zu Zwenkau.
Ahnert.

Nichtamtlicher Theil.

Aus London

wird der „Polit. Corresp." vom 20. d. M. geschrieben:

Die englische Regierung, vor Kurzem so radical, ja fast socialistisch gesinnt, ist gegenwärtig auf dem Wege zur vollen Reaction. Die neue Zwangsbill für Irland begegnet heftigem Widerstande, und zwar nicht allein von Seiten der Home-Rulers, sondern auch bei den Radicalen, welche mit einer offenen Secession drohen. Mr. Gladstone, welcher überdies wahrnimmt, daß auch die gemäßigten Liberalen, die den Radicalen im Hause der Gemeinen numerisch sehr überlegen sind, sich allgemach seiner Leitung zu entziehen beginnen, bietet Alles auf, sie bei seiner Fahne festzuhalten. Er bot ihrem Führer, Mr. Goeschen, den Posten des Schatzkanzlers an; dieser Staatsmann steht aber zu der allgemeinen Politik der Regierung in zu starker Opposition, als daß er in das Cabinet Gladstone eintreten könnte. Der Vertrag von Kilmainham hat das Ansehen der Regierung im Lande tief erschüttert, und es ist gewiß, daß eine Auflösung des Parlaments in diesem Augenblicke den Conservativen die Majorität zuführen würde. Nichts desto weniger hat Mr. Gladstone begonnen, von der Parlaments-Auflösung als von etwas Unvermeidlichem zu sprechen, und man glaubt, daß er eine Gelegenheit sucht, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Was nun die Conservativen betrifft, sind dieselben keineswegs geneigt, die Zügel der Gewalt in der gegenwärtigen Krise in die Hände zu nehmen, und nur diesem Umstande dankt das Cabinet Gladstone, welches jetzt durch einen gut geleiteten Angriff leicht aus den Fugen zu bringen wäre, seinen vorläufigen Fortbestand.

Auch Mr. Parnell, der früher der Heros Irlands und Besieger des Saxonischen Ministeriums war, ist sehr rasch von seinem Piedestal herabgestiegen. Die Aufdeckung des Vertrages von Kilmainham hat den Irländern bewiesen, daß Mr. Parnell sich in eine Transaction mit der Regierung eingelassen hat, was einen Ausbruch von Entrüstung zur Folge hatte, der Herrn Parnell leicht sein Mandat bei den nächsten Wahlen kosten kann. Die Politik der Regierung in Irland ist seit der Ermordung Lord Frederick Cavendish's und Bourke's bedeutend energischer als zuvor. Der neue Staatssecretair für Irland, Mr. Trevelyan, geht nie ohne Polizei-Escorte aus. Der Posten des Generalinspectors der irischen Polizei ist dem Obersten Henry Brackenburg verliehen worden. Oberst Brackenburg, welcher ein für organisatorische Zwecke hochbegabter Militair von seltener Energie ist, hat Sir Garnet Wolseley auf allen seinen Expeditionen begleitet und auf diesem Wege in den verschiedensten Ländern reiche Erfahrungen gesammelt. Zuletzt war er auf der Insel Cypern, wo er gleichfalls mit der Reorganisirung der Polizei betraut war. Zum Nachfolger Bourke's ist Mr. Hamilton, vormals permanenter Secretair der Admiralität, berufen worden, und dieser neue Unterstaatssecretair für Irland genießt den Ruf, der beste Administrator in England zu sein. Wie man sieht, hat die Regierung die fähigsten Männer zur Bekämpfung der Schwierigkeiten der irischen Situation ausersehen.

Leipzig, 26. Mai 1882.

Unter den aus dem Schooße des Reichstages hervorgegangenen Anträgen ist der interessanteste der von den Socialdemokraten gestellte und von einigen Mitgliedern der Fortschrittspartei unterstützte Antrag auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze, insbesondere des Socialistengesetzes, des Jesuitengesetzes und des Bischofsparagraphen, des sogenannten elsässischen Dictaturparagraphen. Ob der Antrag nach den Ferien noch zur Verhandlung kommen wird, muß dahin gestellt bleiben. Sollte es der Fall sein, so würden verschiedene Parteien vor kritischen Entscheidungen stehen. Daß der Antrag eine Mehrheit finden würde, wird man nicht anzunehmen brauchen. Besonders „opportun" wird er auch nicht allen im Princip damit Einverstandenen erscheinen. Wenn auch verschiedene Parteien an der Aufhebung des einen oder andern Gesetzes ein großes Interesse haben, so werden sie sich doch bedenken, mit Einem Schlag die Beseitigung dieses ganzen Complexes sehr verschiedenartiger und in gar keiner Verbindung mit einander stehender Gesetze, nur um die graue Theorie zur Wahrheit zu machen, zu verlangen. Noch weniger wäre natürlich daran zu denken, daß dem Antrag, falls er eine Mehrheit im Reichstag finden sollte, seitens des Bundesraths Folge gegeben würde. Indessen wäre die Verhandlung und eine Abstimmung über den Antrag insofern von großem praktischen Interesse, als sie einen Schluß gestattete auf die Stellung des Reichstags zu der Frage der Verlängerung der Giltigkeitsdauer des Socialistengesetzes. Das Gesetz gilt leider bekanntlich nur bis zum 30. September 1884 und es wird daher ohne Zweifel schon im nächsten Jahre der Antrag gestellt werden, dasselbe auf eine weitere Reihe von Jahren auszudehnen. Ob der gegenwärtige Reichstag hierzu seine Zustimmung geben wird, ist — ebenfalls leider! — sehr zweifelhaft. Die alte Mehrheit, welche das Gesetz und seine Verlängerung beschlossen hat, die conservativ-nationalliberale, ist nicht mehr vorhanden. Ob die „liberale Vereinigung", von deren Mitgliedern die meisten im Jahr 1880 für, ein hervorragendes Mitglied aber, Lasker, gegen Verlängerung des Gesetzes gestimmt hat, zu einer nochmaligen Erneuerung des Gesetzes die Hand bieten wird, ist sehr zweifelhaft. Die Entscheidung wird also wiederum beim Centrum liegen, das gegenüber dem ursprünglichen Socialistengesetz eine durchaus ablehnende Haltung einnahm, bei der Verlängerung aber bereits eine Anzahl bekehrter Mitglieder aufwies. Im Augenblick ist diese Frage nicht brennend; im nächsten Jahre aber wird sie ohne Zweifel zu einem Angelpunct unserer ganzen inneren Politik werden, und darum wäre es von nicht geringem praktischen Interesse, schon jetzt über die Stellung des Reichstages zu dieser Angelegenheit Aufklärung zu empfangen.

Aus Berlin wird uns vom Mittwoch geschrieben: „Aus besonders gut unterrichteten Kreisen werden uns die Nachrichten für vollinhaltlich correct erklärt, nach denen nicht nur von Berlin und anderen Hauptstädten officiös Warnungen von erneuten nihilistischen Anschlägen nach Petersburg gerichtet worden sind, sondern nach denen auch die Polizeibehörden in Berlin und London den Angehörigen ihrer Fürstenhäuser entschieden abgerathen haben, die Reise zu den beabsichtigten Moskauer Krönungsfeierlichkeiten anzutreten. Namentlich in letzterer Beziehung waren schon vor etwa 14 Tagen im Reichstag ähnliche Gerüchte verbreitet, die indessen mit starkem Unglauben aufgenommen wurden. Wir verzichteten deshalb auf ihre Wiedergabe. Jetzt, wo die Bestätigung der sensationellen Meldungen aus gut beglaubigten russischen Quellen hierher dringt, ist an ihrer Richtigkeit kaum noch zu zweifeln. Daß unsere Polizei dem Treiben der Nihilisten die gespannteste Aufmerksamkeit schenkt, kann schon seit Langem als bekannt gelten. Man erinnert sich, wie gleich nach dem Attentat auf Alexander II. die unwidersprochen gebliebene Erzählung durch die Blätter ging, daß von hier aus die Vorbereitung des Attentats, ja selbst die genauesten Details, z. B. die Legung einer Mine nach dem Palais des Thronfolgers, nach Petersburg gemeldet wurde, ohne dort die verdiente Beachtung zu finden. Ein mysteriöser Vorfall aus jüngster Zeit, die Verhaftung eines angeblichen russischen Studenten, der dann im Untersuchungsgefängniß zu Moabit sich den Tod gab und sein Geheimniß mit ins Grab nahm, zeigt gleichfalls, wie scharfsinnig in den finsteren Gebäuden am Molkenmarkt das Netz der russischen Conspirationen beobachtet wird. Vielleicht war der erwähnte Fall ein wichtiges Glied in der Kette der Wahrnehmungen, welche dazu veranlaßten, den russischen Hof und den unsrigen zu warnen. Was die vermeintlich schon fest beschlossene Reise des deutschen Kronprinzen nach Moskau anlangt, so kann jedoch mit aller Entschiedenheit versichert werden, daß dies Reiseproject bisher niemals die feste Gestalt angenommen hatte, die ihm bisher angedichtet worden war. Es hat sich immer nur um eine ganz allgemeine Idee gehandelt, die in der Schwebe gehalten wurde. Wie jetzt die Dinge liegen, ist dringend zu wünschen, daß der Erbe der deutschen Kaiserkrone den sicheren Boden der Heimath nicht verlasse, um den gefährlichen russischen „Festen" beizuwohnen, mögen dieselben nun in diesem oder im nächsten Jahre oder noch später stattfinden."

Officiös wird geschrieben: „Gutem Vernehmen nach soll die geschäftliche Disposition des Reichstages so getroffen werden, daß derselbe noch vor Ende Juni seine Sitzungen beendigen kann, auch wird immer wahrscheinlicher, daß mit Schluß des Reichstages eine Zwischencommission für die Berathung der socialpolitischen Gesetzentwürfe eingesetzt werden dürfte. Nach unseren Informationen würden die verbündeten Regierungen der Niedersetzung einer solchen Commission zustimmen und — wie wir ferner aus Kreisen erfahren, welche dem Centrum nahe stehen — bleibt man innerhalb dieser Fraction dem Gedanken an eine socialpolitische Zwischencommission wohl geneigt. Die heute erschienene „Provinzialcorrespondenz" überdies läßt keinen Zweifel darüber, daß die verbündeten Regierungen fortfahren, für die Einführung des Reichstabakmonopols einzutreten, und sich in ihrer Ueberzeugung von der Nothwendigkeit desselben für die Festigkeit und den Ausbau des Reichs als Ganzem wie in seinen einzelnen Theilen nicht durch die Art und Weise beirren zu lassen, in welcher der Reichstag das Monopolproject zu erledigen versuchte."

Der Reichscommissar für das Auswanderungswesen meint in seinem vor einigen Tagen dem Reichstage zugegangenen Berichte über das verflossene Jahr, die Auswanderer-Expedienten und Dampfschiffslinien schienen für das Jahr 1882 eine noch gesteigerte Auswanderung über die deutschen Häfen zu erwarten, da einerseits mehrere große Dampfer im Bau begriffen seien, andererseits aber auch bereits für bestimmte Monate mehr Reisen als in den entsprechenden Monaten des vorigen Jahres angesetzt seien; es habe beispielsweise der Norddeutsche Lloyd in Bremen für den Monat März 20 Reisen gegen 15 im März 1881, für den Monat April 19 Reisen gegen 13 im April 1881 angekündigt, außerdem sollten, wenn erforderlich, noch Extra-Dampfer expedirt werden. Aus diesen Zeitangaben ist ersichtlich, daß der Bericht schon im zweiten Monat dieses Jahres abgeschlossen ist. Damals hatte es nach den Meldungen der Auswanderungs-Agenten und den Vorbereitungen der Schiffseigner allerdings den Anschein, als sollte die Auswanderung des Jahres 1882 die des Vorjahres trotz des kolossalen Umfanges der letzteren noch überbieten. Die Ergebnisse der Monate März und April haben aber eine Wandlung in diesen Anschauungen herbeiführen müssen, und heute steht es nach den ziffernmäßigen Angaben über die Stärke der Auswanderung über Hamburg schon so gut wie fest, daß im laufenden Jahre bedeutend weniger Personen werden befördert werden als im Jahre 1881. Das trifft insbesondere für die Auswanderung aus Deutschland selbst zu, und zwar in solchem Maße, daß auch die verstärkte Auswanderung der russischen Juden den Ausfall gegen das Vorjahr nicht annähernd decken kann. Uebrigens sind auch schon in der letzten Hälfte des vorigen Jahres nach dem Berichte des Reichscommissars außergewöhnlich viele russische Juden über deutsche Häfen ausgewandert. Der Bericht verfehlt nicht hinzuzufügen, daß die Expedienten contractlich verbunden waren, für diese Kategorie von Auswanderern eigenen Proviant, separate Koch- und Eßgeräthe und einen eigenen israelitischen Koch zu halten.

Die heutige „Provinzial-Correspondenz" glaubt wunders welchen Trumpf gegen die Liberalen auszuspielen, indem sie dementirt, daß es mit dem Neinsagen gegenüber dem Tabakmonopol nicht gethan sei, und daß das Land die Negation der früher auch von der Linken behaupteten Nothwendigkeit der Steuerreform nicht begreifen werde. Sie giebt damit zu verstehen, die ablehnenden Parteien hätten die Pflicht, nun ihrerseits ein brauchbares Steuerreformprogramm aufzustellen. Dies Ansinnen zeichnet sich nicht gerade durch Neuheit aus, u. A. hat auch der Schatzsecretair Scholz in der Monopoldebatte damit operirt. Indessen die Liberalen brauchen sich durch solche Fechterkünste nicht verwirren zu lassen. Sie haben ein Steuerreformprogramm, und wenn dasjenige des Fürsten Bismarck mit einem einzigen Wort, nämlich mit dem Wort Monopol zu umschreiben ist, so ist das ihrige von derselben Klarheit: Es nennt sich „Erhöhung der Branntweinsteuer". Also Programm gegen Programm! Die Sachlage kann gar nicht einfacher sein. Die Regierung und die Conservativen haben sich nun freilich in den Gedanken verbissen, daß der Widerstand der Parteien der Linken gegen das Monopol in der Hauptsache aus der Besorgniß entspringe, durch diese Besteuerungsform werde das Geldbewilligungsrecht des Reichstags illusorisch. Nichts Falscheres kann gedacht werden, und wenn einmal die Liberalen den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung zurückgewonnen haben, dann werden sie ohne Zweifel zeigen, daß es sehr wohl angeht, das System der indirecten Steuern mit dem Budgetrecht der Volksvertretung in Einklang zu bringen. Um von verschiedenen Möglichkeiten nur eine zu erwähnen, so steht durchaus nichts im Wege, das vortreffliche Beispiel Baierns nachzuahmen, wo die erhöhte Brausteuer nicht dauernd, sondern auf den Zeitraum von fünf Jahren bewilligt worden ist, die Kammern sich also die Befugniß der Prolongation oder der Verwerfung gewahrt haben. Als in den Monopolverhandlungen des Reichstags von liberaler Seite an dies Verhältniß erinnert wurde, meinte allerdings Herr Scholz, dasselbe würde eventuell schwerlich auf den Beifall des Fürsten Bismarck rechnen können. Das ist glaubhaft genug, aber gegen die Ausführbarkeit des Gedankens an sich ist damit nicht das Geringste bewiesen.

Wie man selbst in hochconservativen Kreisen über den Plan, die Entscheidung über die Tabakmonopolvorlage hinauszuschieben oder das Project auch nach seiner Ablehnung durch den Reichstag weiter zu verfolgen, urtheilt, lehrt der „Reichsbote", der dem Monopol von Anfang an Abneigung entgegen gebracht hatte. Das Blatt schreibt: „Es läßt sich absolut kein Grund einsehen, warum die conservative Presse und Partei sich für eine so aussichtslose und verlorene Sache wie das Tabakmonopol aufopfern sollten. Wem wär damit gedient? Praktische Politik, die man sonst so sehr rühmt, wäre das doch gewiß nicht. Nur wenn die Conservativen sich selbst für die nächsten Wahlen alle Aussichten zunichte machen wollten, könnten sie wünschen, daß das Monopol in eine Zwischencommission verwiesen werde. Zustande kommen würde es deshalb doch nicht, aber die Liberalen würden dann ein Agitationsmittel gegen die Regierung und die Conservativen haben, wie sie es sich nicht schöner wünschen könnten. Mit dem Monopol muß ein fester, klarer Abschluß gemacht werden und zwar mit Hilfe der Conservativen. Das verlangt die „praktische Politik".

Wie wir hören, ist das Gesetz über die Versorgung der Wittwen und Waisen der Beamten Allerhöchst vollzogen und steht seine Veröffentlichung unmittelbar bevor.

Der Angabe, daß die dem Vorstand und Bureau des Reichstags angehörigen Abgeordneten aus dem Centrum sich von der Gotthardtfeier demonstrativ fern gehalten, wird von der „Germania" nicht widersprochen. Man wird daher die Anklage für begründet halten dürfen. Diese Demonstration gegen das Königreich Italien würde sich dem Verhalten der Ultramontanen bei der Kölner Dombaufeier würdig zur Seite stellen. Der letztere Vorgang hatte damals die Folge, daß das Centrum mit Hilfe eines Theiles der Conservativen aus dem Präsidium des Reichstags verdrängt wurde. Die Demonstration bei der Gotthardtfeier würde aufs Neue beweisen, daß die ultramontane Partei gänzlich ungeeignet ist, einen Repräsentanten der deutschen Volksvertretung zu stellen.

Wie gemeldet worden, ist in Hannover der dortige Stadtdirector (Oberbürgermeister) Rasch im Alter von 72 Jahren gestorben. Er war seit 1854 das Haupt der dortigen städtischen Verwaltung und stand, so lange das Königreich Hannover existirte, mit an der Spitze derjenigen Partei, welche jeder Beschränkung der kleinstaatlichen Souveränetät abgeneigt war, u. A. gehörte er zu den Leitern des „großdeutschen" Vereins. Als die Annexion eine vollendete Thatsache war, verstand er es indeß, namentlich im Interesse der von ihm verwalteten Commune, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen, welche bei in der Stadt Hannover herrschenden Gereiztheit zwischen der nationalen und der welfischen Partei an den Tact und die Persönlichkeit des Leiters der communalen Verwaltung nicht gewöhnliche Anforderungen stellten. Allerdings dürfte die Ansicht berechtigt sein, daß das Welfenthum in der Hauptstadt der Provinz sich nicht so fest hätte behaupten können, wie es geschehen ist, wenn an der Spitze der städtischen Verwaltung mehr nationale Energie geherrscht hätte; von dem verstorbenen Stadtdirector konnte man diese aber mit Rücksicht auf seine Vergangenheit und auf sein Bestreben, den Frieden auch mit der welfischen Partei möglichst zu erhalten, kaum erwarten. — Die Wiederbesetzung der erledigten Stelle dürfte politische Schwierigkeiten hervorrufen; die Wahl erfolgt nach der hannoverschen Städteordnung durch die Mitglieder des Magistrats und eine gleiche Anzahl von Mitgliedern des Bürgervorsteher- (Stadtverordneten-) Collegiums; das letztere aber ist seiner Majorität nach welfisch, und es wird daher eine Einigung zwischen ihm und dem Magistrat über eine Persönlichkeit, welche die Bestätigung der Regierung erhalten könnte, nicht leicht sein. Als Candidat der welfischen Bürgervorsteher für das jetzt erledigte Amt galt schon seit längerer Zeit der Vertreter der Stadt im Reichstag, der Geh. Rath a. D. Brüel, bekanntlich welfischer Hospitant des Centrums.

Im österreichischen Abgeordnetenhause scheinen die Differenzen innerhalb der Rechten zu Gunsten der Regierung sich lösen zu wollen. Der Centrums-Club soll in Folge der vielen Pressionen, die auf ihn nicht nur seitens der Regierung, sondern auch seitens der Führer der Rechten beider Häuser geübt wurden, endlich weicher geworden sein. Zweifellos hat auch die Regierung den Clerikalen bezüglich der Schulgesetz-Novelle bestimmte Zusagen gemacht, denn es verlautet, der Centrums-Club habe beschlossen, bei der neuerlichen Berathung über den Zolltarif im Abgeordnetenhause nicht abermals für die Annahme der Anmerkung, sondern für den Zolltarif nach den Beschlüssen des Herrenhauses zu stimmen. Denjenigen Mitgliedern dieses Clubs, welche ihr früheres Votum nicht direct verleugnen wollen, ist es freigestellt, von der Abstimmung fernzubleiben. Da auch die Dalmatiner an derselben nicht theilnehmen wollen, so erwartet die Regierung mit Bestimmtheit die Annahme des Zolltarifs nach den Beschlüssen des Herrenhauses. — Das Herrenhaus verhandelte über den

SLUB
Wir führen Wissen.